A-09-425 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern)

## Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 424 bis 429:
die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen. ~~Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.~~Die Bundesregierung muss weiter und in verstärktem Maße demokratische israelische und palästinensische zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützen, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Menschenrechte, eine Beendigung der Besatzung, für Gleichberechtigung und für gegenseitige Anerkennung und friedliche Koexistenz einsetzen.

Angesichts der Polarisierungen innerhalb der deutschen Gesellschaft infolge der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts ist die Bundesregierung aufgefordert, vorschnellen Repressionen unter Hinweis auf den aus der Zeit des Obrigkeitsstaates stammenden und in seiner heutigen Bedeutung nie erklärten Begriff der „Staatsraison“ zu entsagen bzw. entgegenzutreten. Sie muss vielmehr dafür sorgen, dass Räume des Ausdrucks und des Dialoges geöffnet und erweitert werden, solange es zu keiner Gewaltanwendung oder strafrechtlich verfolgbaren Äußerungen kommt.

Bündnis 90/Die Grünen verpflichten sich, weiterhin engagiert zu bleiben in der Auseinandersetzung mit den von Deutschen begangenen Menschheitsverbrechen, in der Auseinandersetzung darüber, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, in der Stärkung der deutsch-israelischen Beziehungen und der deutsch-palästinensischen Beziehungen, in der Verpflichtung auf das Völkerrecht, die universelle Erklärung der Menschenrechte sowie auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das erfordert eine dauerhafte Selbstreflexion über Hintergründe und Motive der je eigenen Positionierung zum Thema Israel/Palästina. Diese Positionierung muss das Ergebnis von intellektueller Anstrengung, emotionalem Aushalten von Spannungen und von langem politischem Atem sein. Das Thema ist als emotionaler Wohlfühlgegenstand ebenso ungeeignet wie für den Wunsch nach schneller und einfacher Positionierung auf der vermeintlich richtigen Seite der Geschichte. Bündnis 90/Die Grünen sollen auf den verschiedenen Parteiebenen Räume suchen und öffnen für eine kontinuierliche und respektvolle Auseinandersetzung mit dem Thema Israel/Palästina. Dabei soll bewusst der Kontakt zu jüdischen und palästinensischen Communities gesucht werden, um zuzuhören und um die eigenen Positionen zu erläutern.

## Begründung

Dieser Antrag überführt einen Textbaustein des Antrags von Jörn Böhme, u.a. in den Antrag des Bundesvorstandes. Dieser Änderungsantrag steht parallel zum Antrag von Jörn Böhme, u.a

## weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Christopher

Stark (KV München); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Friedel Grützmacher (KV Berlin-Kreisfrei); Jan-Bauke Baumann (KV Osterholz); Anja Hoffmann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Peter Meiwald (KV Ammerland); Mogdeh Töbelmann (KV Diepholz); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße); Tobias Kriener (KV Berlin-Spandau); Katharina von Dach (KV Oldenburg-Stadt); Jörg Haas (KV Berlin-Kreisfrei); Alexandra Senfft (KV Landsberg-Lech); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.